

Thüringer Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2626
zu Drucksache 8/2001
16.12.2025

Antrag

der Fraktion Die Linke

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 8/2001 -

**Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landshaushaltsplans für die Haushaltss-
jahre 2026 und 2027 (Thüringer Haushaltsgesetz 2026/2027 -ThürHhG 2026/2027-)**

**Stellenabbau stoppen und für mehr Qualität im Kindergarten sorgen: Kindergarten-
moratorium umsetzen**

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. Thüringen aufgrund sinkender Geburtenzahlen vor strukturellen Herausforderungen und damit verbunden, notwendigen Änderungen in der Finanzierungssystematik der Kindergärten steht;
2. es gelingen muss, eine wohnortnahe Betreuung der Kinder sicherzustellen und die hohe Qualität der Betreuung von Kindern in Kindergärten dauerhaft sicher zu stellen und weiterzuentwickeln;
3. ausreichend pädagogisches Fachpersonal für die frühkindliche Bildung in Kindergärten unerlässlich ist.

II. Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. zu prüfen, in welcher Form mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Vereinbarung darüber erzielt werden kann, dass die Gemeinden, Städte und Landkreise im Jahr 2026 einen Anteil der allgemeinen Schlüsselzuweisungen in Höhe von 24,9 Millionen Euro zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Verbesserung der Betreuungsrelation und individuellere Förderung für Kinder sowie zur Entlastung des Personals in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung verwenden;

2. dem zuständigen Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie der Kindergartenkommission zum Ende des I.Quartal 2026 über das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten;
3. sich langfristig für eine Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssel einzusetzen.

Begründung:

Bei der Überführung der für Kindertagesbetreuung vorgesehenen Mittel aus dem Einzelplan 04 in den Einzelplan 17 Kapitel 20 (Kommunaler Finanzausgleich) Titel 613 14 wurden finanzielle Mittel in Höhe von 24,9 Millionen Euro nicht mehr für die Aufgabe „Kindertagesbetreuung“ verwendet. Vielmehr wurden die Mittel der nicht zweckgebundenen Schlüsselmasse zur Erfüllung der allgemeinen gemeindlichen Aufgaben zugewiesen.

Für die Fraktion:



Mitteldorf